



Schweizerisches

**Sozialarchiv**

**Sachdokumentation**

**Signatur: KS 335/41c-15\_21**

[www.sachdokumentation.ch](http://www.sachdokumentation.ch)

### **Nutzungsbestimmungen**

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-15\_21

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich  
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

# BUNKER



## DOCUMENTE

Vorgeschichte

Sozialprobleme

Lehrlingsfragen

Rauschmittel

Kommune

Erarbeitet von der Basisgruppe 11+12 der  
Autonomen Republik Bunker



## JUGENDHAUS - AUTONOMES JUGENDZENTRUM - AUTONOME REPUBLIK BUNKER

- Am "Züri-Fäscht" 1954 sammelt die Zürcher Jugend über Fr. 700'000.-- für ein Jugendhaus. Es blieb jedoch beim sammeln; über den verbleib dieses Geldes sind keine näheren Informationen erhältlich.
- Das von der Stadt und dem Verein Ferien-Freizeit finanzierte Jugendhaus-Drahtschmidli kann den heutigen Ansprüchen der Zürcher Jugend nicht im geringsten genügen. Die autoritäre Führung durch den Leiter sowie die ungenügende Platzverhältnisse verhindern jede gesunde Aktivität der Jungæ. Im besten Falle kann es noch von Hobby-Bastlern oder Ping-Pong-Spielen benützt werden.
- Bürgerliche Jugendgruppen haben diesen Misstand anfangs der 60er Jahre erkannt. In der von Ihnen gegründeten "Aktion Bahnhofbrugg" formulierten sie die Forderung nach einem neuen Jugendzentrum im Gebäude des alten Globus.  
Bis 1968 versuchten sie durch unzählige Briefe an Behörden ihre Forderungen und Vorschläge zu realisieren. Diese Bemühungen wie auch die von 42 Gemeinderäten eingereichte Motion versandeten bzw. scheiterten an der Uneinsichtigkeit und Nachlässigkeit des Stadtrates.
- Am 31. Mai 1968 knüppelte die Polizei vor dem Hallenstadion Pop-Fans zusammen
- Am 15. Juni demonstrierten ca. 1500 Jugendliche unter Führung des FASS gegen die Methoden der Polizei.
- Ueber das Wochenende vom 15./16. Juni besetzten ca. 2000 Jugendliche das Globus-Provisorium. Neben Beat und Tanz diskutierten sie über ein Autonomes Jugendzentrum. Dieses sollte, wie aus stadträtlichen Aeusserungen zu entnehmen war, in eben diesem Provisorium errichtet werden.
- Wenige Tage später wird bekannt, dass der alte Globus zum Zeitpunkt dieser Aeusserung längst an den LVZ als angebliches Provisorium vermietet war.
- Gegen diese Winkeltaktik des Stadtrates demonstrierten Jugendliche am 26. Juni anlässlich einer Warndemonstration.
- In der Nacht vom 29./30. Juni schlägt die Polizei im Auftrage des Stadtrates zu. Gegen die immer stärker gewordene Jugendbewegung musste ein Mittel gefunden werden. Als um 19Uhr ca. 3000 Demonstranten und Zuschauer einen Demonstrationszug vom Globus Richtung Bellevue beginnen wollten, gaben Sieber und Bertschi vom Balkon des Du Pont aus das Startzeichen zu einer grossangelegten 8 Std. Prügelorgie gegen Demonstranten und Zuschauer. Darauf wurden über 250 Jugendliche verhaftet und zum Teil bis zu 5 Wochen in U-Haft gehalten.
- Für die nächsten 14 Tage erliess der Stadtrat ein Verfassungswidriges Demonstrationsverbot.
- Auf einem Plakat umschrieb das Aktionskomitee die inhaltliche Forderung so:  
"Wir wollen unser Autonomes Jugendzentrum (autonom heisst von uns Jungen selbst gestaltet und verwaltet). Wir wollen unsere Kultur von uns und für uns geschaffen. Wir wollen unsere Musik unsere Filme, unsere Gedichte, unsere Bilder unser Theater und -- Diskussion."  
Zu den räumlichen Bedingungen forderte das AK:  
Ein Gebäude im Stadtzentrum, mit einem Saal für min. 1000 Personen.
- Die Bezirksanwaltschaft übernahm nun die weitere Verfolgung der Demonstranten

- Die Presse, allen voran die NZZ, Hauptsprachrohr des Kapitals, diffamierte in einer monatelangen Kampagne systematisch die Jugendbewegung, vor allem ein zehne sogenannte Rädelsführer.
- Das neu gegründete Zürcher Manifest informiert die Öffentlichkeit über das skandalöse Vorgehen der Polizei.
- Das Experiment Hof 103, das der Stadtrat als Ersatzlösung zu verwirklichen suchte, scheiterte schon nach kurzer Zeit. kläglich. Es stellt sich deutlich heraus, dass ein Jugendzentrum unbedingt im Stadtzentrum liegen muss.
- Im Laufe der gerichtlichen Untersuchung wird bekannt, dass sie einseitig zu Gunsten der Polizei geführt wurde.  
Bis heute steht dazu fest: Wichtige Zeugen, darunter Polizeioffiziere, wurden ohne die Anwesenheit von Verteidigern oder Angeklagten durchgeführt. Die Polizei belastendes Film und Foto Material wird nicht zu den Akten gelegt und kann von den Verteidigern nicht eingesehen werden.  
Nur 1 Polizist wurde vor Gericht gestellt und mit 7 Tagen Haft bestraft.
- Die im Juni 69 inszenierte Obergerichtsprozesse konnten nicht zu Ende geführt werden, da überhaupt kein wesentliches Beweismaterial vorlag.
- Am 11. Juni 69 organisierte das FASS eine Protestdemonstration gegen die Willkür der Untersuchungsbehörden. In deren Verlauf geben progressive Künstler der berechtigten Wut der Demonstranten Ausdruck indem sie das Gerichtsgebäude mit roter Farbe kennzeichneten.
- Darauf ruft die BGB im Kantonsrat zur Bildung von Bürgerwehren auf.
- Das Obergericht weist die Akten zur Beweisergänzung an die Staatsanwaltschaft zurück. Diese weigert sich in der Folge, die für die Beurteilung der damaligen Situation entscheidenden Fragen zu beantworten.
- Am Juli 70 erst wird bekannt, dass ca. 30 Polizisten, darunter auch Inspektor Bertschi einen "schriftlichen Verweis" für ihr Vorgehen erhielten. Diese lauen und wirkungslosen Massnahmen stehen in krassen Gegensatz zu den gegen die Demonstranten zu erwartenden Gerichtsurteile.
- Aus all diesen Gründen organisierte die AUTONOME LINKE am 28. August 70 eine Solidaritätsdemonstration für die Angeklagten.
- Am Globus-Prozess der 7 Wochen dauerte wurden 5 Angeklagte freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen von insgesamt über 2 Jahre verurteilt.
- In der Zwischenzeit laufen unzählige Verhandlungen zwischen dem Aktionskomitee Jugendzentrum und der Stadt. Als Vermittlerin wird von der Stadt eine Jugendkommission für Jugendfragen eingesetzt.
- Bis zum August 70 einigte man sich auf den Bunker unter dem Lindenhof als Provisorisches Autonomes Jugendzentrum. Damit sollte ein Experiment beginnen, dass in einer min. 1 jährigen Laufzeit zeigen sollte, wie ein Autonomes Zentrum funktionieren könnte.
- Eine Vollversammlung der Zürcher Jugend hiess den Vorschlag Bunker gut und gründete den Verein Autonomes Jugendzentrum Lindenhofbunker.
- Am 31. Oktober 70 wurde der Bunker mit einem 3tägigen Fest eröffnet. Ueber 8000 Personen begehrten Einlass und mussten zum Teil abgewiesen werden, weil der Bunker schon total überfüllt war.



- Im Laufe der nächsten 2 Monate stellten sich viele neue Probleme ungeahnten Ausmasses für das Komitee, dem Stadtrat Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. (An einer anderen Stelle wird auf diese Frage noch eingehender eingegangen. Die Jugend versuchte mit aller Kraft die beinahe unlösbaren Probleme anzupacken.
- Da schlug Ende Dezember die Nachricht des Stadtrates wie eine Bombe ein : Der Bunker wird geschlossen.
- An einer Vollversammlung beschloss die Jugend mit überwältigendem mehr den Bunker zu verteidigen und nicht auf das Ultimatum des Stadtrates einzugehen.
- Am 1. Januar 71 wurde die Autonome Republik Bunker gegründet und ausgerufen.
- Am letzten Tag des Ultimatus, gab ein Sprecher des Komitees bekannt, dass eine Gruppe der Bunker Jugend den Bunker besetzt habe und ihn verteidigen werde.
- Die Polizei belagerte in der Folge die ARB 10 Tage lang und verweigerte jede Kontaktnahme mit den Eingeschlossenen.  
Am 11 Tag unternahmen die Verteidigten einen Fluchtversuch durch einen Stollen und wurden dabei von der Polizei überwältigt.
- Von diesem Moment an hören die Demonstrationen der Bunkerjugend nicht mehr auf. Bei jeder Gelegenheit wird der Öffentlichkeit neu ins Bewusstsein gebracht, dass ein Autonomes Jugendzentrum dringend nötig ist. (Nach Zählung gingen in Bunker pro Monat 50 000 Personen ein und aus).
- Mitte Januar schlägt die Polizei wieder zu, indem sie mit Eliteneinheiten die Notschlafstelle an der Oberdorfstrasse ausräumt.
- Die Bunkerjugend antwortet mit der Besetzung der Kronenhalle und des Baur au Lac.
- An einer Grosskundgebung an der anschliessend der "grüne Heinrich " und die Fraumünsterkirche besetzt wurden, nahmen über 1000 Jugendliche teil.
- An einer Vollversammlung der ARB wurden in allen Kreisen Basisgruppen gebildet.
- Das Shop-Ville wird als Diskussionszentrum besetzt. Aber auch dies passt der Polizei nicht. Sie setzt an einem Samstagnachmittag über 100 Elitenschläger ein, die wahllos auf diskutierende Bunkerleute und Passanten einschlägt. 20 Jugendliche werden in Handschellen abgeführt und verhaftet
- An der folgenden Protestdemonstration setzt die Polizei Tränengas gegen die Demonstranten ein.

Resultate bis jetzt sind: Die Massnahmen der Polizei werden immer härter und brutaler

Die Forderung nach einem Autonomem Jugendzentrum wird immer dringlicher und sollte in absehbarer Zeit zu einer konkreten Lösung führen.

## SOZIALFÄLLE IM BUNKER

Im Allgemeinen ist zu den sozialen Fällen im Bunker zu sagen, dass diese Probleme keine spezifischen Bunkerprobleme sind, sondern solche die unsere heutige kapitalistische Gesellschaft geboren hat.

Wir möchten uns jetzt etwas eingehender mit den wichtigsten Problemen beschäftigen.

### 1. DROGEN

Während der ganzen Bunkerzeit, waren sowohl Komitee, wie auch Speak-out sehr bemüht, Drogen-missbrauch zu verhindern. Trotzdem tauchte immer wieder schlechter Stoff im Bunker auf, der meist durch gemeine hinterhältige Dealer im Bunker selbst verkauft wurde. Im Laufe der Zeit konnten Speak-out und Komitee durch Aufklärung in Diskussionen dieses Problem nahezu bewältigen.

### 2. SCHWIERIGKEITEN MIT INSTITUTIONEN

Während der ganzen Bunkerzeit zeigte es sich immer wieder, dass Jugendliche die Schwierigkeiten mit der Lehrstelle, zu Hause oder in der Schule hatten, dort ausrissen im Gedanken - im Bunker ein neues Heim, oder eine neue, für sie sinnreichere Beschäftigung zu finden. In solchen Fällen greift das Komitee, das Speak-out oder die Heimkampagne ein und versucht zu vermitteln, im Gespräch mit den Eltern, Lehrern, dem Lehrmeister, Heimleiter und natürlich dem Jugendlichen.

### 3. BUNKEREINWOHNER ( Uebernachtungsprobleme)

Ca. 150 Jugendliche, Gelegenheitsarbeiter, Rocker und Arbeitslose wohnten im Bunker, weil sie keinen Wohnraum hatten, oder aber weil die Zustände zu Hause oder in den Heimen für sie unerträglich wurden. Dieses Problem wurde vom Komitee und der Vollversammlung frühzeitig erkannt. Deshalb forderte die Vollversammlung seit November 70 eine Notschlafstelle, in der die Möglichkeit geschaffen werden sollte, Wohnkollektive zu bilden, die Leute zu einer Arbeit zurückzuführen oder eventuell Zimmer für einzelne Leute zu suchen. Beim Ueberblick dieser Probleme erscheint eines sehr klar; ein grosser Teil dieser schwierigen Aufgaben hätten von 2-3 ganztags Angestellten jungen Sozialarbeiter gelöst werden können. Jedoch hätten diese Sozialarbeiter nicht als Beaufsichtigungsorgane dienen dürfen, sondern als Berater von Jungen zu Jungen.

## K O M M U N E - E H E

Die Gegenwärtige Diskussion um mögliche Lebensformen wird von zwei gegensätzlichen verschiedenen Begriffen beherrscht. Einerseits die Familie auf der Grundlage der Ehe, andererseits das Kollektiv oder die Kommune. Die Grundlage der Bürgerlichen Familie ist die Beziehung des patriarchalischen Vaters zu Frau und Kinder. Er ist wegen des Widerspruchs zwischen seiner Stellung im Produktionsprozess (Diener) und seiner Familienfunktion (Herr) folgerichtig und typisch Feldweibelnatur; er duckt sich nach oben, saugt die herrschenden Anschauungen restlos auf und herrscht nach unten, er gibt die obrigkeitlichen und gesellschaftlichen Anschauungen weiter und setzt sie auch durch.

Die Familierideologie hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der Anstoss dazu lag nicht in erster Linie an den ökonomischen Verhältnissen, sondern in der langsamen Befreiung des sexuell unterdrückten Individuums. Vor allem die Jugendlichen haben erfahren, dass weder in der normativen Dauermonogamie (Ehe) noch in der Promiskuität auf langer Sicht Befriedigung zu finden ist. Sie setzten der Ehe die neue Form des Kollektivs entgegen, welches die menschlichen Beziehungen des Einzelnen derart vervielfacht, dass eine Sicherung gegen Wechsel der Partner oder gegen Aufnahme von Beziehungen zu Dritten unmöglich ist. Die menschliche Struktur muss der Kollektiven Daseinsweise angepasst werden. Diese Anpassung wird zweifellos die Herabsetzung der Eifersucht und der Angst, seinen Partner zu verlieren erfordern.

Im Folgenden wollen wir auf die Probleme: Kommunikation  
Wirtschaft  
Architektur und  
Kindererziehung

detailliert eingehen.

### KOMMUNIKATION

Für die Kommunikation oder das Verbundensein bestehen in einem Kollektiv natürlich bessere Voraussetzungen als in der Kleinfamilie, in der gegenseitige Besitzansprüche gestellt werden, aus denen dann ein Teil der Hierarchie in der Bürgerlichen Familie entsteht.

Die Kommunikation innerhalb der Kommune wird auch durch den Druck durch bestehende Gesellschaft gegenüber dem Kollektiv unwillkürlich verstärkt. Um die bestmögliche Voraussetzung schon am Anfang zu schaffen, sollten sich möglichst gleichgesinnte Individuen zu Gemeinschaften zusammenfinden (z.B. Politische oder Künstlerische Zusammenarbeit).

### WIRTSCHAFT

In der Kleinfamilie ist die einzige Möglichkeit für das Familienoberhaupt 8 Stunden pro Tag inkl. 2-3 Wochen Ferien im Jahr zu arbeiten um die Familie ökonomisch sicherzustellen.

Das Kollektiv dagegen hat zwei wesentliche Tendenzen. Die Mitglieder einer Stadtkommune müssen für Ihren Lebensunterhalt nur ca. 4 Stunden pro Tag Lohnarbeit verrichten, d.h. Arbeit ausserhalb des Hauses in einem Betrieb. Die Landkommune hat die Möglichkeit durch Eigenwirtschaft ihre Lebensmittel weitgehend selber zu pflanzen; also noch weniger oder gar keine Lohnarbeit in einem Betrieb.

Wieso ist das Möglich?    Gemeinsamer Einkauf  
                                 Billige Wohnmöglichkeiten dank Miete (ev.Kauf)

## LEHRLINGS - PROBLEME

Da der Lehrling mit seinem Hungerlohn nicht in teure Lokale gehen kann, war er froh, dass er im Bunker ein und ausgehen konnte, ohne einen Rappen zu bezahlen. Von den Leuten die im Bunker verkehrten waren ca. die Hälfte Lehrlinge. In den verschiedenen Diskussionen kamen die Probleme der Lehrlinge immer klarer zum Ausdruck. Seine Hauptprobleme sind:

1. Ungenügende Ausbildung, keine Allgemeinbildung, zu wenig Schule, schlechte Behandlung an Prüfungen
2. Keinerlei Mitspracherecht im Betrieb, Ausnützung im Betrieb z.B. Ueberstunden
3. Der Lehrling erhält zu wenig Lohn, der ihm keine wirtschaftliche Unabhängigkeit erlaubt
4. Er hat nur 3 Wochen Ferien, während die gleichaltrigen Mittelschüler 12 Wochen haben.

Um diese Misstände zu beheben, wurde schon vor längerer Zeit der SMUV gegründet, der aber viel zu wenig erreicht hat. Seit einiger Zeit besteht nun eine neue Organisation, die Revolutionäre Lehrlingsorganisation Zürich RLZ genannt. Sie hat sich eine entschiedene demokratisierung der Berufsschule und der Betriebe, einheitlichen Grundlohn, der die wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert, 12 Wochen Ferien, Maximal 36 Stunden Arbeitszeit, davon 18 Stunden Schule und Allgemeinbildung, sich zum Ziele gesetzt. Die RLZ ist eine Mitgliederorganisation. Mitglied kann sein, wer das Programm und die Statuten anerkannt und aktiv in einer Basisgruppe arbeitet. Basisgruppen sollen in den Schulen und Betrieben aufgebaut werden. Um diese Forderungen wirksam durchzusetzen zu können, sollten möglichst viele Lehrlinge dieser Organisation beitreten.